

gönnen, den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsweise der staatlichen Verwaltungsorgane und gegen den Bürokratismus aufzunehmen.“ Die Parteiführung wies zugleich noch einmal nachdrücklich darauf hin, „daß die uns feindlich gesinnten Kräfte in Westdeutschland versuchen, die von uns eingeleiteten Maßnahmen zur weiteren Entfaltung der Demokratie für ihre verbrecherischen Zwecke, für die Wühltätigkeit gegen den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zu mißbrauchen“. Sie hob deshalb hervor, „daß wir die Demokratie für die Werktätigen und für das Volk erweitern, nicht aber für die feindlichen Elemente ... Hohe politische Wachsamkeit und entschiedene Festigung aller Organe des volksdemokratischen Staates sind deshalb unsere heilige Pflicht.“<sup>32</sup>

Als sich im Herbst 1956 im Zusammenhang mit dem konterrevolutionären Putsch in Ungarn und den Provokationen gegen Ägypten die internationale Lage schnell und in gefährlicher Weise zuspitzte, als vor diesem Hintergrund auch in der DDR konterrevolutionäre Gruppierungen hervortraten, verteidigte die Bevölkerung der DDR mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei an der Spitze entschieden und erfolgreich die Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die von der Tribüne der Volkskammer am 3. November ausgegebene Losung: „Sichert den Frieden im Innern! Sichert den Frieden nach außen!“<sup>33</sup> fand ein großes Echo. Während der Tagung der Volkskammer vereitelten Angehörige der Berliner Kampfgruppen der Arbeiterklasse eine vorbereitete provokatorische Demonstration irreführender Studenten der Berliner Humboldt-Universität. Auch eine am 5. November 1956 von Westberlin aus gestartete Provokation scheiterte an der entschlossenen Haltung der bewaffneten Organe der Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR.

Dieser Zusammenhang exemplifizierte die aus der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung resultierende Stärke der sozialistischen Demokratie, die sich in der Einheit der Staatsmacht selbst widerspiegelt. Die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen in der DDR verbürgt, daß der in der Willensbekundung der Volkskammer als dem obersten Machtorgan des Volkes zum Ausdruck kommende Wille des Volkes auch mit den geeigneten Mitteln durchgesetzt werden kann. Die sozialistische Demokratie kann nicht von Provokateuren aus den Angeln gehoben werden! Sie vermag sich aller Anschläge zu erwehren.

\* \* \*

In einer erweiterten Sitzung seines Präsidiums faßte der Nationalrat der Nationalen Front das bisherige Resultat der Öffentlichen Beratung der „Grundsätze“ zusammen und überwies das Material dem Präsidium der Volkskammer.<sup>34</sup> Nahezu 4,5 Millionen Bürger hatten bis zu diesem Zeitpunkt an der Diskussion teilgenommen, aus der etwa 10 000 Vorschläge zu Problemen des demokratischen Lebens hervorgingen;<sup>35</sup> 1455 schriftlich formulierte Vorschläge bezogen sich unmittelbar auf die „Grundsätze“.<sup>36</sup>

32 über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag . . . , a. a. O., S. 20, 21

33 Volkskammer der DDR, a. a. O., S. 529

34 vgl. Stimme des Patrioten, 1956, Nr. 17, S. 6; ND vom 21. 8. 1956.

35 Für die Aufholung des Rückstandes der staatlichen Leitungstätigkeit in den Gemeinden war die große Beteiligung der bäuerlichen Bevölkerung an den Vorschlägen besonders bedeutungsvoll. Allein im „Bauern-Echo“ wurden nahezu 1000 Vorschläge zu den verschiedensten Fragen des öffentlichen Lebens, der Entwicklung der Demokratie auf dem Lande veröffentlicht (vgl. Volkskammer der DDR, Protokoll, 1957, S. 662).

36 vgl. ebenda. Von der Aktivität aller Parteien des Demokratischen Blocks in der öffentlichen Diskussion der Grundsätze zeugt beispielsweise, daß die Mitglieder der